

# Frankenberger Tageblatt

Das Tagblatt erscheint an jedem Sonntag: Monats-Bezugspreis bei Vorabzahlung in den Reichsbanknoten des Jahres 1.20 RM., bei Zahlung im Nachhinein 1.35 RM., bei Zahlung im Nachhinein 1.50 RM. ...

## Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einseitig (— 24 mm breit) 7 1/2 Pfennig, bei Nachzahlung für 72 mm breit 80 Pfennig. ...

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Githa, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlichseits bestimmte Blatt. Notationsdruck und Verlag: C. G. Koberg (Sohn) Koberg jun. in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Pleger in Frankenberg.

№ 22 Donnerstag den 26. Januar 1928 nachmittags 87. Jahrgang

### Kurzer Tagespiegel

Reichsjustizminister Hergt leitete gestern die Debatte über den Justizhaushalt mit einer Betrachtung über die gesetzgeberischen Arbeiten seines Ministeriums ein. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigte sich in seiner Tagung vom 23. bis zum 25. Januar eingehend mit der finanziellen Lage der Gesellschaft. Der künftige Ueberwachungsanspruch des Völkerbundes ist gestern in Genf zum Abschluss gekommen. Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Abänderung der 26prozentigen Reparationsabgabe sind gestern fortgesetzt worden. In sämtlichen Bezirken Wiens wurde am Mittwochabend ein Erdbeben gespürt, das die Fenster zum Klirren brachte. Die Seismographen zeigten starke Ausschläge. Die belgische Regierung hat am Mittwochabend am Quai d'Orsay eine Note überreichen lassen, die sich auf die französisch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen bezieht. Der italienische Ministerpräsident Mussolini hatte am Mittwoch nachmittags Reichsaussenminister Dr. Stresemann einen Besuch ab. In amerikanischen Schiffahrtskreisen plant man den Bau von Schiffen, die den Lössen in vier Tagen überqueren sollen. Nach einer Meldung aus Renoport ging über die Mittelsee ein schwerer Tornadoband nieder, der schwere Verwüstungen anrichtete.

### Der Justizhaushalt vor dem Reichstag

Statrede des Reichsjustizministers Dr. Hergt

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Die Dringlichkeit der Reichsregierung über die Haushaltsarbeiten und die Dringlichkeit über die Lage der Unterwerferhöfen werden dem Haushaltsausschuss überwiesen. Das Haus geht dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums fort. Verbunden mit der Beratung ist unter anderem auch der Antrag, wonach Zehnschulden nicht einklagbar sein sollen. Reichsjustizminister Dr. Hergt leitet die Aussprache mit einer Betrachtung über die gesetzgeberischen Arbeiten seines Ministeriums ein. Im Anschluss habe ihm der sozialdemokratische Abg. Rosenfeld den Vorwurf gemacht, dass seit seiner Amtsübernahme eine gewisse Stagnation in der Betätigung des Ministeriums eingetreten sei. Umgekehrt habe ein anderer Oppositionsredner, der demokratische Abg. Dr. Haas von einer Ueberproduktion des Justizministeriums gewarnt und erklärt, dass die Gesetzesüberproduktion zum Unglück für das deutsche Volk geworden sei. (Hellerkeit.) Der Minister erklärt, er wolle es diesmal mit Dr. Haas halten und die mittlere Linie einschlagen. An Stelle der Massenfabrikation sei Qualitätsarbeit in unserer Gesetzgebung notwendig. Das Verhältnis des Reiches zu den Ländern erfordere noch viele Arbeit zur Herbeiführung eines vereinfachten Zusammenarbeitens. Die Länderkonferenz, so fährt der Minister fort, hat in dieser Beziehung fruchtbarere Ergebnisse geliefert. Ich verpreche mir davon großen Nutzen, gerade auf dem Gebiet der Justizgesetzgebung. Der Entwurf über den Strafvollzug ist schon die Frucht dieses freiwilligen sachlichen Zusammenarbeitens. Die große Justizreform der Zukunft wird in enger Anlehnung an Oesterreich durchgeführt werden. Diese Arbeit muß dem politischen Streit entzogen sein. „Wenn unter Vertrauenskrise der Justiz“, so erklärt der Minister weiter, „verstanden wird, daß die Mehrheit des Volkes kein Vertrauen zu dem Richter habe, so müßte ich die Erlitten einer solchen Krise glatt bestreiten. Das bedeutet aber nicht die Ablehnung mancher Verbesserungen und Verträge, die in Richterkreisen selbst am schärfsten gerügt werden. Wir haben uns sehr eingehend über die sogenannte Vertrauenskrise ausgesprochen. Jetzt sollten diese Dinge einmal ruhen. Wir haben jetzt geradezu eine politische Justiz von unten, nicht mehr von oben. Die Einflüsse der öffentlichen Meinung auf das professionelle Verfahren hat einen Grad erreicht, der nicht mehr erträglich ist. Sie beginnt schon mit der ersten Anzeige, begleitet die Voruntersuchung, die Revision und die Begründung. Die öffentliche Meinung mag sich mit der Rechtsprechung beschäftigen, aber das darf nicht in der Form ge-

Entscheidungen, eine nach der anderen. Innerhalb dieser einzigen Partei Chinas, die so etwas wie ein feststehendes politisches und wirtschaftliches Programm aufweist, entstanden Spaltungen. Das eroberte Yangtsegebiet wurde wieder auseinander gerissen; im oberen, westlichen Teile, in Hankow, setzte sich der kommunistisch beeinflusste linke Flügel der Kuomintang fest, in Hankow der rechte. In Hankow wurde der ganze Aufbau des Provinzialhandels unter dem Druck extremer Forderungen zerstört, in den Provinzen Kweichow und Szechuan brachen Bauernaufstände aus. Nehulich war es in vielen Teilen Südhinas. Dschiang Kai-shek verlor zum großen Teile seinen Einfluß innerhalb der Kuomintang. Diese selbst, die bisher, als sie noch kleiner war, feste Ziele erstrebte, wurde immer schwächer, in denselben Maße, wie sie sich vergrößerte. Zwar nahmen die Massen, Borodin und Gallei, im Herbst China verlassen. Die Kommunisten wurden aus Hankow verdrängt und Ende des Jahres sogar die Sowjetkonsole in Kanton, Hankow und Schanghai geschlossen. Aber durch diese Maßnahmen war der Geist des Zwiespaltes, der ja auch schon früher immer wieder verdrängt in China gewirkt hat, noch nicht gebannt. Und wenn wir gerade jetzt leben, daß eine neue Konferenz nach Kanton einberufen werden soll, um die Einigkeit der Kuomintang wieder herzustellen, so darf man an Erfolge zweifeln. Anfang 1927 nicht erobert worden. Nebenbei des Yangtse waren drei Kriegsschiffe entlassen: vom Yangtse aus wurde Schantung bedroht, von Schantung aus Keling, von Honan aus Schantung. So ist die Lage auch heute noch, die Kuomintangpartei hält sich im Norden; aber der Süden, von Kuangchow ab gerechnet, stellt keine Einheit mehr dar. Die inneren Kämpfe haben, zum ersten Male seit 1901, wieder zur Einmischung auswärtiger Mächte geführt. Im Februar besetzte England die internationale Niederlassung in Schanghai, das wichtigste Handelszentrum Ostasiens. Ende Mai rückten die Japaner in Schantung ein, räumten es zwar Anfang September wieder, sind aber Ende Dezember abermals in Tjingtau gelandet. Japans künftige Ziele kennzeichnete bekanntlich Baron Goto: „Anlage von sechs Nebenbahnen zu der südmanchurischen Hauptlinie, für japanische Unternehmen der Genuß gleicher Rechte wie bisher für chinesische, das Recht zur Organisierung einer besonderen Polizeitruppe und der Beratung japanischer Militärkommandos durch japanische Sachverständige, schließlich noch das Alleinrecht für Japan zur Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten der Mandchurei und Mongolei.“ — Nur im äußersten Norden, in der Mandchurei, herrschte, abgesehen von örtlichen Unruhen gegen die Japaner, Wirtschaftstriebe, und von dort hört man denn auch, daß das Jahr 1927 ein gutes Wirtschaftsjahr gewesen ist. Hingegen hat die Provinz Schantung nicht nur durch Unruhen, Räuberei und willkürliche Steuern unglücklich gelitten, sondern auch noch durch eine schwere Hungersnot, die fünf Millionen Menschen ergriff. Von den 400 Millionen Chinesen wissen heute aber 300 Millionen nicht, ob nicht morgen auch in ihr Dorf oder in ihre Stadt die Brandfackel des Krieges hineingetragen wird. „Alle wirtschaftliche und finanzielle Ordnung ist aufgelöst worden.“ schrieb der einflussreiche Wirtschaftsführer, und diese Bemerkung ergreift sich hauptsächlich auf das von 200 Millionen Menschen bewohnte Yangtsegebiet, auf das Kernland des gewaltigen Länderkomplexes, den wir unter dem Namen „China“ zusammenfassen. Infolgedessen ist auch der Ausblick auf das Jahr 1928 recht trübe. Fragt man die Chinesen: „Was wird aus eurem Lande werden?“, so zuden sie die Köpfe. Keiner weiß es, nur das Eine fühlt jeder: das alte China stirbt, wie das neue aussehen wird, ahnt vorläufig niemand. Wird 1928 ein Jahr werden, wo zum ersten Male wieder neues Leben aus den seit 1911 häufenden Ruinen sprießt?

### Sachsen und die Reichsbahn

Von Wilhelm Hüffel, Dresden. Zählt man man weitgehend die finanzielle Belastung der Reichsbahn durch Dawesplan und Wiederanbauarbeiten berücksichtigt, muß man doch sagen, daß die Verhältnisseverhältnisse in Sachsen in den nächsten Jahren vor vornehmlich einseitig eine Katastrophe waren. Die Einzelvorläufe werden den davon Betroffenen noch in freier Erinnerung sein und infolge ihrer Ungeheuerlichkeit auch nicht so schnell vergessen werden können. Vor wenigen Tagen hat sich nun auch der sächsische Landtag eingehend mit diesen höchst unersöhnlichen Zuständen befaßt. Die Anregung hierzu bildete eine Anfrage des Abg. Dr. Raftner und Genossen, an die Regierung über die Studien und Störungen im Eisenbahnbetrieb vor Maßnahmen. In letzterer Einmütigkeit war sich das gesamte Haus darüber einig, daß Sachsen als Stiefkind der Reichsbahn behandelt wird und für die Zukunft durch energisches Vorgehen seiner Regierung unbedingt eine Besserung dieses unwürdigen Zustandes erstreben muß. Aus den Ausführungen Dr. Raftners ging bezeichnend hervor, daß in außerordentlichen Bereichen mit ebenbürtigen Leistungen, wie Berlin, Frankfurt, Hamburg, Karlsruhe, Mannheim, Rheinfelden, Wehrden, Südwestdeutschland und Thüringen auch in den Tagen der Räteverwirrung über Störungen irgendwelcher Art, die über normale Verordnungen hinausgehen, nicht zu klagen gewesen ist. Gleichzeitig zeigten die Landtagsverhandlungen, daß das Eisenbahnpersonal mit seiner übermenschlichen Kräfte alles getan hat, was es vermochte. Trotzdem dieser Zusammenbruch. Wenn man hierzu noch die Nachfertigung der Reichseisenbahndirektion Dresden liest, so wie sie dem Abg. Dr. Raftner und auch der sächsischen Regierung vorgegangen ist, dann kommt man, ohne voreilig zu sein, zu dem Schluß, daß hier in der Organisation und in der Leistung etwas nicht stimmt. Die Zukunft zu des Reiches Mächten leitens der Reichsdirektion durch den wiederholten Hinweis auf das Unglückliche der Menschheit mutet etwas sehr vorantastlich und akkordistisch an. Zweckdienlicher wäre es bestimmt gewesen, wenn das umständliche Redefertigungsschreiben Mitteilungen darüber enthalten hätte, welche Maßnahmen getroffen werden können, um eine nachmalige derartige Beeinträchtigung der sächsischen Wirtschaft nach menschlichem Erweisen zu verhindern. Nichts von allem ist geschehen. Der Polizeistat spricht zu seinen Untertanen. Der Fiskus und die

### Reichsjustizminister Dr. Hergt

Abg. Landsberg (Soz.) begrüßt die Möglichkeit einer weiteren Rechtsangleichung an Deutsch-Oesterreich. Vor allem sollte den Bürgern Oesterreichs das Bürgerrecht in allen deutschen Ländern gewährt werden, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit. Es sei die Schuld vieler Richter, daß die peinliche Aussprache über die Vertrauenskrise nicht vertommen könne. Der Redner bringt einen Fall zur Sprache, wo in einer offenkundigen Kleinigkeit auf einer Festlichkeit des örtlichen Landarbeiterverbandes ein jährlicher Arbeiter verurteilt wurde. Der beklagte Festlichkeitsnehmer sei vom Gericht freigesprochen worden, es sei unangehörig von einem Juden, ein christliches Fest zu besuchen. (Sört, hört! links.) Reichsjustizminister Dr. Hergt erklärt, er könne sich unmöglich zu allen Einzelheiten äußern, die vorgebracht werden. Die Beschlagnahme der vom Abg. Landsberg erwähnten kommunistischen Drucker in Hannover sei vom Oberpräsidenten Koske verurteilt worden, weil das Blatt damals zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hatte (Sört, hört! rechts), mit dem Erfolg, daß es zu diffamischen Urteilen kam. Der Minister stellt weiter fest, daß alle Behauptungen, er habe bei der Einstellung des Verfahrens gegen Eloh die Hand im Spiele gehabt, erstanden und erlogen seien. Außerdem sei seinerzeit Dr. Bell Justizminister gewesen.

### Reichsjustizminister Dr. Hergt

Abg. Lohmann-Altona (Dntl.) spricht die Erwartung aus, daß die große Strafrechtsreform noch von diesem Reichstag zu Ende geführt werde. Der Redner begrüßt gleichfalls die Tatsache, daß das große Werk zusammen mit Oesterreich geschaffen werde. Eine gewisse Vertrauenskrise in der Justiz lasse sich nicht leugnen. Mithalten seien Bestrebungen im Gange, durch Auffklärung und Belehrung des Volk mit dem Recht vertrauter zu machen. Daß bei den Richtern manche Mißgriffe vorgekommen sind, werde niemand bestreiten. Viele Richter hätten sich mit der Staatsumwälzung und der neuen Staatsform innerlich noch nicht abgefunden. Der Redner weist den Vorwurf zurück, daß ein großer Teil der deutschen Richter verfassungsfreudig sei. Der deutsche Richterstand und der preussische Richterstand hätten sich unabweisend zur Rechtsverfassung bekant. Die Richter hätten den guten Willen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Die Verhandlungen werden abgebrochen.

### Ein Unglücksjahr für China

Von Dr. Friedrich Otte, Professor a. D. Reichsuniversität Peking. Einer der führenden Wirtschaftspolitiker Chinas, der seit vielen Jahren an der Spitze großer, chinesischer Verbände steht, schrieb mir kürzlich: „Was das Jahr 1927 in China zerbört hat, wird ein Jahrzehnt kaum wieder ausbauen können.“ Vielleicht ist dieser Standpunkt etwas übertrieben, in einer weltanschaulichen Stimmung niedergeschrieben, wie auch wir Deutschen sie aus der Zeit der Inflation und des Ruhrscheiters her kennen. Immerhin kann niemand bestreiten, daß für die Weisheit der Chinesen das verfloßene Jahr voller Enttäuschungen und Leiden war. Als Ende 1926 die Kuomintang unter Dschiang Kai-shek von Kanton aus an den Yangtse vorgedrungen war, da erwarteten viele überzeugte Chinesen, daß die Kuomintang in einem halben Jahre in Peking einzühen würde. Dann kamen aber die

### Justiz-Etat

(Von unserem Berliner Vertreter.) Berlin, 26. Januar. Der Reichstag berät augenblicklich den Haushaltsplan des Reichsjustizministeriums. Dieses Ressort stellt an den Staatsfiskus stets nur bescheidene Anforderungen und so kann man sich bei der Beratung seines Haushaltsplanes günstig den Gefühlen der Politik im Allgemeinen und der Rechtspflege im Besonderen zuwenden. Politik und Justiz sind ja in den letzten Jahren